

## **BESCHLUSS DER LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg  
Sonntag, 04. November 2012, Bürgerhaus Wilhelmsburg

### **Nicht die Häuser, die Menschen machen die Stadt (Perikles)**

## **SOZIAL.GERECHT.GRÜN - HAMBURG: HAFEN FÜR ALLE**

### **1. ZUSAMMENFASSUNG: REICHES, ARMES HAMBURG - DIE GESICHTER DER STADT**

Hamburg hat national und international den Ruf einer vielfältigen und lebenswerten Stadt und einer wirtschaftlich prosperierenden Metropole. Hamburg ist kreativ, großstädtisch und lebendig, Hamburg ist als Einwanderungsstadt von kultureller Vielfalt geprägt - und eine grüne Stadt. Städte insgesamt sind durch ihre Versprechen an freiheitliche Lebensgestaltung und vielfältige Chancen angesagt. Hamburg als „Global City“ verkörpert dieses Lebensgefühl.

Die Hansestadt gehört auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise zu den wirtschaftlich boomenden Zentren unter Europas Städten. Ökonomische Sicherheit, individuelle Entfaltungschancen und sozialer Aufstieg in einer Stadt mit hoher Lebensqualität sind die Träume und Wünsche der alt eingesessenen, aber auch der neu zugezogenen Hamburgerinnen und Hamburger. Auch die neue Glücksstudie der Deutschen Post belegt, was viele von uns denken: In Hamburg lebt es sich gut. Doch das ist nur ein Gesicht der Stadt.

Hamburg ist nicht nur geprägt durch Michel, Alster und Hafencity. Hamburg ist auch geprägt durch

Kinderarmut, Altersarmut, Obdachlosigkeit, abgehängte Stadtteile, Verdrängung – auch aus dem öffentlichen Raum – und Diskriminierung. In Hamburg sind Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe von der sozialen Zugehörigkeit abhängig, den meisten Menschen bleibt die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs verwehrt.

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt nun, was für viele bereits gelebte Wirklichkeit ist: Die Gesellschaft driftet immer weiter auseinander. Der private Reichtum wächst und gleichzeitig breitet sich Armut immer weiter aus. Rund zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 53 Prozent des Nettovermögens. Hingegen verfügt die Hälfte der Deutschen nur über knapp ein Prozent dieses Vermögens. Die auseinanderfallende Gesellschaft ist spürbar – auch in Hamburg.

Die reichsten Hamburgerinnen und Hamburger verfügen über rund 40 Mrd. Euro und addiert man das gesamte Geldvermögen der Wohlhabenden in der Stadt, dann ergibt das mit Sach- und Immobilienwerten rund 467,5 Mrd. Euro - Tendenz steigend. Auf der anderen Seite sind 18 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger von Armut bedroht, d.h. 200.000 Menschen beziehen staatliche Transferleistungen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert bei 50 000 Menschen, jedes vierte Kind lebt in Armut und 12 000 Haushalte sind mindestens einmal in der Woche auf Nahrungsmittel der Tafel angewiesen.

Gerade auf dem Wohnungsmarkt sind diese krassen Unterschiede der Lebensbedingungen in der Stadt für viele spürbar. Mieten und Immobilienpreise schießen in die Höhe. Gentrifizierung ist inzwischen ein allseits bekanntes Phänomen, das immer mehr Stadtteile trifft.

Armut schließt Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus, senkt die Lebenserwartung und verringert die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Vermögen, Einkommen, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Aufstiegschancen sind noch immer stark abhängig von sozialer und kultureller Herkunft, Bildung, Geschlecht und Alter. Hamburg als Stadt mit hohen sozialen und gesellschaftlichen Barrieren - eine blockierte Gesellschaft - das ist die Schattenseite der Hansestadt. Das "urbane" Lebensgefühl verflüchtigt sich in den bereits abgehängten Stadtteilen. Hier bestimmen Armut, soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit den Alltag. Die gesellschaftliche Durchlässigkeit ist gering. Eine gerechte Gesellschaft sieht anders aus.

### ***SPD-SENAT VERSPIELT DIE CHANCEN DER STADT***

Der SPD-Senat unter Olaf Scholz hat "ordentliches Regieren" zum obersten Prinzip seiner Politik erkoren. Nach 1,5 Jahren stellen wir fest: Die Stadt wird verwaltet, aber der Bürgermeister lässt Vision und Mut vermissen, Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft zu geben und eine Idee für die Zukunft in einer Stadt voller Unterschiede zu entwickeln. Der SPD-Senat hat keine Vorstellung

davon, wie aus der Global City Hamburg mit ihren guten Ausgangsbedingungen eine **Stadt der Möglichkeiten** für alle werden kann. Er verspielt so Hamburgs Chancen.

Der Senat hat keinen Gestaltungsanspruch für eine funktionierende Stadtgemeinschaft über den Zeitraum der Legislaturperiode hinaus. Der Erfolg Hamburgs wird nicht in die eigene Hand genommen, sondern im Wesentlichen dem Lauf der Dinge und einem allein wachstumsbasierten Fortschrittsbegriff des 20. Jahrhunderts geopfert.

Die SPD gibt den Entscheidungen der Hamburger Politik keinen nachvollziehbaren inneren Zusammenhang. Sie ist lediglich eine Aneinanderreihung von einzelnen Entscheidungen. Die SPD steht in Hamburg für eine langweilige, konservative Politik. Dabei ignoriert sie in ihren Entscheidungen diejenigen, die sich am wenigsten wehren, am seltensten protestieren und die geringste Mobilisierungskraft entfalten.

Gleichzeitig setzt der Senat falsche Schwerpunkte. Eine Erkenntnis nach rund 1,5 Jahren SPD-Alleinregierung in Hamburg ist, dass Bürgermeister Scholz und seine Genossinnen und Genossen es mit dem „sozial“ in ihrem Parteinamen nicht ganz so ernst nehmen. Durch die harte Sparpolitik werden gewachsene Strukturen zerschlagen, Selbstorganisation in Frage gestellt und öffentliche Institutionen zusammengestrichen.

Ein Beispiel dafür sind die Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hier werden gerade diejenigen getroffen, die besondere Hilfe benötigen und die durch klassische Maßnahmen nicht erreicht werden. Die SPD zentralisiert staatliche Hilfe auf die Regelsysteme Kita und Schule. Kinder und Jugendliche aus Armutshaushalten oder aus Familien mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus sind die Leidtragenden einer wenig weitsichtigen SPD-Sozial- und Familienpolitik. Der Senat zerstört damit wichtige und niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen gerade in den benachteiligten Stadtteilen. Das fehlende Interesse der SPD, in der Bildungspolitik die Stadtteilschulen zu einem Integrationsmotor zu machen, ist ein weiteres Beispiel für den fehlenden Kompass in der sozialdemokratischen Sozialpolitik.

Unter dem Deckmäntelchen von Kita-Gebührenbefreiung und Schuldenbremse wird Haushaltskonsolidierung über Einschnitte in den Bezirken ausgeübt. Diese wirkt sich nachteilig auf die Infrastruktur vor Ort aus und ist eine Rechnung, die nicht aufgehen wird. Hier schiebt der Senat offenkundig Verantwortung ab, denn gleichzeitig werden die Bezirke mit zusätzlichen Aufgaben belastet, ohne zusätzliche Mittel zu erhalten. Das ist kein ordentliches Regieren, das ist SPD-Trickserei.

So lässt die SPD die Mittel des Bundes für die Arbeitslosen einfach verfallen und nimmt einen Kahlschlag bei den 1-Euro-Jobs vor. Sie setzt eine populistische Abschiebepolitik durch, anstatt die

Situation der Menschen in den öffentlichen Unterkünften zu verbessern und die Residenzpflicht endlich abzuschaffen.

Weiter wird klar, dass die großen Zukunftsaufgaben für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Gesellschaft von einer inklusiven Stadt über ein Hamburg der Generationen bis hin zur Gestaltung der Einwanderungsmetropole beim SPD-Senat auf der Strecke bleiben. Hamburg leistet sich als wachsende, stetig wandelnde, bunter und vielfältiger werdende Metropole etwas, was sich langfristig rächen wird: dauerhaft ganze Gruppen von Menschen zurück zu lassen und von gesellschaftlichen Entwicklungen abzuhängen.

Wenn die SPD die Teile der Stadt aufgibt, für die eine nachhaltige Sozialpolitik stehen müsste, zeigt sich: Die SPD hat nicht den Anspruch, die alten Stärken von Hamburg zu erhalten. Olaf Scholz will keine Stadt der Chancen, keine Stadt der Aufstiegsmöglichkeiten auch für Menschen aus einfachen Verhältnissen. Olaf Scholz will nicht den Zusammenhalt in der Stadt bewahren und Menschen aus allen Stadtteilen eine Chance geben. Hamburg verändert sich, die Stadt bewegt sich auseinander und der Senat sieht nur zu.

### ***FÜR EINE ERMÖGLICHENDE SOZIALPOLITIK: HAMBURG ALS HAFEN FÜR ALLE***

Der Gegenentwurf der GRÜNEN sieht anders aus: Wir wollen dafür sorgen, dass Hamburg ein Hafen für alle wird. Das bedeutet vor allem, dass wir denjenigen die Solidarität nicht entziehen dürfen, die sie am meisten brauchen. Hamburg soll Stadt der Möglichkeiten werden. Damit wir gleiche Freiheiten für alle schaffen, setzen wir auf eine Sozialpolitik, die sich am Menschen orientiert und den Weg hin zu einer sozialgerechten Gesellschaft bereitet.

Hamburg nennt sich "Tor zur Welt" und steht damit für die vielen Chancen, die Menschen anderswo nicht haben. Für viele Menschen - gerade auch für die, die schon lange in Hamburg leben - verliert Hamburg jedoch das Aufstiegsversprechen der Hoffnung auf ein neues und besseres Leben, das Städte prägte und auch heute noch gerade die Jüngeren in die Städte zieht. Wenn relevante Teile der Bevölkerung von Teilhabe und Mitgestaltung ausgeschlossen sind, dann steht der Zusammenhalt der Stadt in Frage. Dann droht die Stadt auch zum Ort von Chancenlosigkeit, Segregation, Verarmungsangst und Alleinsein zu werden.

Wir GRÜNE wollen die Möglichkeiten und Potenziale Hamburgs und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner neu zur Entfaltung bringen. Wir wollen, dass in Hamburg die Freiheit einer und eines jeden zählt und soziale Gerechtigkeit unter allen herrscht. Ein grüner Markenkern ist der nachhaltige Umgang mit Ressourcen. Diesen Anspruch verfolgen wir auch in der Sozialpolitik. Nachhaltigkeit als Grundsatz in der Sozialpolitik bedeutet, die Ressourcen möglichst früh im Leben eines Menschen

einzusetzen. Der Einsatz von Ressourcen muss sich zukünftig eng am Prinzip des Empowerments ausrichten. Die Gewährleistung der Grundsicherung des Lebensunterhalts ist Teil grüner Sozialpolitik. Die Hamburger GRÜNEN werden diskutieren, wie eine solche Grundsicherung wirtschaftlich und politisch gestaltet werden kann. Es gibt unterschiedliche Konzepte über den richtigen Weg und wir werden dabei auch die Debatte um Grundsicherung und bedingungsloses Grundeinkommen führen.

Wir wollen nicht mehr, dass jedes vierte Kind in Armut lebt, 30.000 Rentnerinnen und Rentner auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind und nahezu 5.300 Menschen auf der Straße leben. Wir nehmen die soziale Segregation dieser Stadt als quasi ungeschriebenes Gesetz nicht hin und sind der Auffassung, dass die Stadt ein Ort zum Leben sein soll und zur freien Entfaltung für alle: Wir GRÜNE wollen die Stadt bewegen - vor allem wollen wir die Menschen aufeinander zu bewegen.

Dazu fordern wir kurzfristig folgende Maßnahmen:

- ♣ Eine Qualitätsoffensive im Kita-Bereich ebenso wie die Ausfinanzierung der allgemeinen Kostensteigerung über den entsprechenden Landesrahmenvertrag.
- ♣ Ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut: Dazu werden wir prüfen, ob ein kostenfreies Frühstück für bedürftige Kinder in Kitas kurzfristig finanzier- und realisierbar ist. Ab August 2013 haben alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen allgemeinen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kita im Umfang von fünf Stunden. Wir setzen uns perspektivisch dafür ein, dass dieser allgemeine Rechtsanspruch von fünf auf acht Stunden erweitert wird. Davon können insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und sozial benachteiligten Familien profitieren.
- ♣ Einen „Inklusionsfond“ für Schulen, insbesondere zur Stärkung der Stadtteilschulen und Grundschulen in schwachen Lagen als Integrationsmotoren dieser Stadt.
- ♣ Die Rücknahme der Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir unterstützen aus diesem Grund den Vorschlag eines Moratoriums als einen Schritt auf dem Weg dahin, um Zeit für eine sorgfältige Jugendhilfeplanung zu gewinnen.
- ♣ Eine Falloberggrenzenregelung beim ASD (Allgemeinen Sozialen Dienst), um eine wirksame Unterstützung für Familien und Vermeidung von Kindeswohlgefährdung sicher zu stellen. Die Bezirke sind entsprechend personell auszustatten.
- ♣ Eine Stärkung der bezirklichen Infrastruktur. Die Bezirke sollen immer mehr Aufgaben übernehmen, daher muss die Zuweisungen an die Bezirke neu verhandelt werden.

- ♣ Ein Landesmindestlohngesetz, eine belastbare Leiharbeitsrichtlinie und die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes.
- ♣ Eine Neuausrichtung der Wohnungslosenhilfe im Sinne einer menschenwürdigen und an den Bedarf angepassten öffentlichen Unterbringung für Obdachlose und Flüchtlinge.
- ♣ Eine Bundesratsinitiative, durch die das „Bestellerprinzip“ für Maklercourtage in das Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung integriert wird und die Miethöhe bei Neuvermietungen maximal 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Neben dem Neubau von Wohnungen sollen verstärkt Bindungsrechte für sozialen Wohnungsbau angekauft werden.
- ♣ Die Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Hamburg, Mindeststandards für die Abschiebehafte und eine Bundesinitiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.
- ♣ Die Änderung der Landesbauvorschriften zugunsten von Barrierefreiheit, generationengerechtem Wohnen, Arbeiten, Lernen und Leben.
- ♣ Eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer um 0,5% auf 5% mit den gewollten Effekten, einerseits das erhitzte Transfergeschehen auf dem städtischen Immobilienmarkt zu dämpfen und andererseits Mehreinnahmen zu erzielen, die insbesondere die Qualitätsoffensive im Kita-Bereich finanzieren sollen.

Dahinter steht eine grundsätzliche Linie grüner Politik: Wer die Zukunft dieser Stadt sichern will, muss in soziale Gerechtigkeit investieren, die Talente der Bürgerinnen und Bürger fördern und die Bereiche der Stadt ins Auge fassen, die aus dem Blick der Politik zu verschwinden drohen. Gegen die bürokratische Maßnahmengläubigkeit der SPD-Sozialpolitik stellen wir das gegenseitige Lernen von Ganztagschule und offenen Angeboten, gegen die Zentralisierung der Sozialpolitik stellen wir lokale Infrastrukturen und Angebote, gegen die Rathausgläubigkeit der sozialdemokratischen Politik stellen wir die Beteiligung und die Unterstützung von Bürgergesellschaften vor Ort. Wir wollen einen Arbeitsmarkt, auf dem faire Löhne bezahlt werden und jede/r von einem Job leben kann, ohne bei einer Vollzeitstelle noch auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein. Um allen die gleiche Freiheit zu ermöglichen, bedarf es eines politischen Umdenkens.

## **2. GRUNDSÄTZE GRÜNER GERECHTIGKEIT**

Wir GRÜNE setzen auf eine ermöglichende Sozialpolitik, die sich daran orientiert, Teilhabe zu stärken, Institutionen zu fördern und Gerechtigkeit zu leben. Aus dem emanzipativen Gerechtigkeitsbegriff

ergibt sich für uns, dass wir uns für eine durchlässige Gesellschaft mit einem Sicherungsnetz nach unten einsetzen. Die sozialen Blockaden können und wollen wir nicht akzeptieren. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, in denen sich gleiche Teilhabe entfalten kann und Zugänge zu Grundgütern und öffentlichen Einrichtungen gewährleistet werden. Wir wollen mit unserem Politikangebot Voraussetzungen und Bedingungen für Teilhabe und soziale Mobilität hin zu einer fairen Gesellschaft schaffen. Die Möglichkeiten aus der jeweiligen Ausgangslage der bzw. des Einzelnen sollen verbessert werden, damit jede/r selbstbestimmt über den eigenen Lebensentwurf entscheiden kann.

Die Überwindung sozialer Blockaden ist nur möglich, wenn wir zu guten Institutionen für alle kommen: Bildung, Arbeit, Gesundheit, Mobilität, Wohnen, öffentlicher Raum und Kultur. Gute Institutionen und öffentliche Infrastruktur brauchen nicht nur eine finanzielle Stärkung, sie brauchen vor allem die Kraft der Erneuerung an den unterschiedlichen Stellen.

Grüne Gerechtigkeit bedeutet auch, die Ursachen wachsender Ungleichheit in den Blick zu nehmen, dazu gehört neben einer Umverteilung im Sinne einer gerechteren Steuer- und Vermögenspolitik auch die Primärverteilung. Daher müssen wir dazu beitragen, Voraussetzungen für eine bessere Lohnpolitik zu schaffen, Maßnahmen gegen den größer werdenden Niedriglohnsektor durchzusetzen und Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau zu beheben.

Als GRÜNE stehen wir für eine geschlechtergerechte Politik. Armut hat viele Ursachen wie etwa Langzeitarbeitslosigkeit, Dumpinglöhne, prekäre Beschäftigung, Teilzeitjobs. Von vielen dieser Probleme sind Frauen überdurchschnittlich häufig betroffen, dadurch steigt das Armutsrisiko. Auch in Hamburg gilt: Um Frauen ihre Lebensentwürfe zu ermöglichen, müssen wir die Benachteiligung von Frauen in puncto eigenständige Existenzsicherung bekämpfen. Unternehmen bezahlen Frauen für gleichwertige Arbeit durchschnittlich 23 Prozent weniger Geld als Männern. Um sichtbar zu machen, wie viel Geld das Land und die Stadt Hamburg wirklich für Frauen beziehungsweise Männer ausgibt und von diesen einnimmt, fordern wir GRÜNE, den Haushalt Hamburgs regelmäßig auf eben diese Kriterien hin öffentlich in einem Genderbudgeting-Bericht zu prüfen.

Eine weitere Säule grüner Gerechtigkeit ist die Vision einer inklusiven Gesellschaft. Maßstab inklusiver Politik ist das selbstverständliche Recht aller auf Selbstbestimmung sowie gleichberechtigte Lebenschancen von Anfang an. Inklusive Politik ist die Wertschätzung sozio-kultureller Vielfalt und sieht die Unterschiedlichkeit der Menschen als Normalität. Aber mittelbare und unmittelbare Diskriminierungen, bauliche und kommunikative Barrieren, Armut sowie mangelnde öffentliche und gesellschaftliche Förderung machen viel zu oft eine Teilhabe an der Gesellschaft unmöglich: Für arme Menschen und deren Kinder, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen, ältere Menschen oder Lesben, Schwule und Transgender. Eine inklusive

Gesellschaft ermöglicht eine allgemein verankerte Haltung, die allen Menschen ungeachtet bestimmter oder zugeschriebener Merkmale die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie so zu leben, wie sie sind.

Unser grüner Gerechtigkeitsanspruch ist, dass Hamburg eine Stadt der Möglichkeiten für alle wird. Wir wollen, dass Hamburg sein Potenzial besser nutzt und jeder und jedem echte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Dabei ist ein Ziel grüner Sozialpolitik die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche ein "gutes Leben" in unserer Stadt ermöglichen. Wir fördern den Dialog darüber, wie die Lebensqualität in unserer Stadt über finanzielle Kennzahlen hinaus gemessen und bewertet und damit auch politisch befördert werden kann.

### **3. WAS (GRÜNE) POLITIK IN ZUKUNFT LEISTEN MUSS**

Die Stadt wird also immer mehr zu einem politischen Raum, in dem viele sehr unterschiedliche Menschen individuell erreicht werden müssen. Politik kann immer weniger althergebrachte Gruppenzugehörigkeiten nutzen, um ihre Maßnahmen zu adressieren oder für ihre Konzepte Unterstützung zu organisieren.

Politik muss in Zukunft stärker über Angebote/Dialog und die Zusammenarbeit mit selbst organisierten und selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern funktionieren. Damit sollte auch auf Seiten der Stadt eine neue Blickweise auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik einhergehen. Sie darf aber dabei nicht den Blick für diejenigen verlieren, deren geringer Protest oft als Zustimmung zu den Verhältnissen missverstanden wird. Hierzu bedarf es auch in der Verwaltung einer Veränderung in den Strukturen, in den Prozessen und in den Köpfen. Als GRÜNE wollen wir eine „Urban Governance“ entwickeln, in der Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalterinnen und Mitgestalter in die Entwicklung der Stadt einbezogen werden. Die Antwort auf die sozialpolitischen Fragestellungen der Zukunft kann nicht darin liegen, dass die Stadt künftig alles selbst macht - im Gegenteil gilt es, das Prinzip der Subsidiarität, der Wahrnehmung sozialer Verantwortung durch Verbände, freie Träger und durch Bürgerinnen und Bürgern auch unter dem Gedanken einer Bürgergesellschaft, die mitgestaltet und mitentscheidet, neu zu definieren. Wir brauchen eine Politik der starken Bündnisse, die sich dem Gedanken der Bürgergesellschaft verpflichtet fühlt. Dazu gehört auch, dass wir Spaltungs- und Abgrenzungstendenzen aktiv entgegenarbeiten wollen. Auch in diesem Sinne dürfen Verbände, freie Träger und anderen Organisationen von Bürgerinnen und Bürgern nicht zum Ziel der Kürzungspolitik werden. Eine funktionierende Bürgergesellschaft braucht mehr ideelle und reale Unterstützung und nicht weniger.

#### **4. HANDLUNGSSPIELRÄUME UND SCHULDENBREMSE - ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER STADT NICHT AUFS SPIEL SETZEN**

Maxime grünen Handelns ist der nachhaltige Umgang mit Ressourcen. Unser Anspruch, auch Sozialpolitik nachhaltig zu gestalten, zwingt dazu, die Wirksamkeit von Maßnahmen in den Blick zu nehmen und daran auch die Ausgabenpolitik zu auszurichten.

Unsere finanziellen Handlungsspielräume orientieren sich an der in der Verfassung verankerten und von uns GRÜNEN mitgetragenen Schuldenbremse. Wir stehen für eine Haushalts- und Finanzpolitik, die nicht zu Lasten der kommenden Generationen geht.

Die Schuldenbremse erhöht den Druck – vor allem auf die Einnahmeseite zu blicken. Wir wissen, wie wichtig das Ergebnis der Bundestagswahlen im nächsten Jahr für die Länderhaushalte ist, um die steuerlichen Rahmenbedingungen ändern zu können. Nach unserem Verständnis braucht es eine gerechtere Verteilung, die die Wohlhabenden stärker in die Pflicht nimmt als bisher. Wir GRÜNE setzen uns für eine Finanztransaktionssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz ein. Außerdem muss die bereits beschlossene Stärkung der kommunalen Finanzkraft durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und die angekündigte Entlastung bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zügig eingefordert werden. Dies hilft in einer kumulierten Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags, die notwendige sozial- und bildungspolitische Infrastruktur in Hamburg zu finanzieren. Die Kostenübernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund darf nicht zum Abbau der ambulanten und teilstationären Angeboten führen.

Aber auch in Hamburg wollen wir alle Möglichkeiten prüfen, die Einnahmeseite zu stärken. Konkret fordern wir eine Anpassung des Steuersatzes bei der Grunderwerbssteuer auf 5%, wie dies mittlerweile mehr als die Hälfte aller Bundesländer beschlossen haben. Hamburg nimmt beim Handelsvolumen des Grunderwerbs, den Verkaufspreisen und der Mietentwicklung einen vorderen Platz ein. Eine Erhöhung der Transaktionssteuer bei Grundstücksgeschäften hat den Effekt, einen Teil der Gewinne zur Finanzierung wichtiger sozialstaatlicher Leistungen – hier insbesondere eine Qualitätsoffensive in der Kita – abzuschöpfen und das heiß gelaufene, teils spekulative Immobilientransfergeschehen zu dämpfen. Wir streben auf Bundesebene an, die Ausgestaltung der Grunderwerbssteuer mit ökologischen Komponenten zu versehen, um einen sparsamen Flächenverbrauch zu fördern. Wir stellen die grundsätzliche Ausrichtung des SPD-Senats, die Ausgaben des Gesamthaushalts nur moderat zu steigern, um mit einem durchschnittlichen höheren Einnahmewachstum das strukturelle Defizit schrittweise bis zum Ende des Jahrzehnts abzubauen, nicht in Frage. Die in Teilen unsoziale Konkretisierung dieses Ziels kritisieren wir jedoch scharf. Die

Vorschläge des SPD-Senats bergen Ungerechtigkeiten und zeigen falsche Prioritätensetzung.

Eine enorme Risikoausweitung durch Unternehmensbeteiligungen jenseits der Daseinsvorsorge wie z. B. bei Hapag Lloyd steht einer einseitigen Sparpolitik gegenüber. Dies ist eine falsche Strategie, denn sie potenziert die Risiken der volatilen Schifffahrtsbranche, die sich dann zweifach über die HSH Nordbank und Hapag Lloyd im Haushalt niederschlagen drohen. Höchst problematisch ist die Entscheidung des SPD-Senats, keine zentrale Vorsorge mehr für Tarifabschlüsse zu treffen. Dies bedeutet, dass in den nächsten Jahren ein massiver Personalabbau in den einzelnen Behörden ansteht. Risiken für die Übernahme der anstehenden Tarifabschlüsse bedeuten hohe Einsparvolumina in den Behörden, z.B. im Schul- und Wissenschaftsetat, aber auch im Zuwendungsbereich wird sich dies erheblich niederschlagen. Im Kita-Bereich, in der Kultur und im Sozialen stehen harte Einschnitte bevor, für die der Senat keine Verantwortung übernehmen will. Trägern und deren Beschäftigten muss Planungssicherheit gegeben werden, damit gute Maßnahmen entwickelt werden und zum Tragen kommen können. In diesem Bereich dürfen nicht länger prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Steuergeldern geschaffen werden. Der Einsatz von Ressourcen muss sich zukünftig eng am Prinzip des Empowerments ausrichten. Wir wollen nur effektive Maßnahmen fördern: Nicht raus aus der Statistik, sondern rein in ein selbstbestimmtes und partizipatives (Arbeits-)Leben, das muss die Maxime sein!

Die Schuldenbremse ist notwendig und zwingt auch uns GRÜNE, über neue Wege bei der Einnahmen- und Ausgabenpolitik nachzudenken, Schwerpunkte zu setzen und Strukturen zu hinterfragen.

Die Glaubwürdigkeit und Durchsetzbarkeit grüner Politik wird entscheidend davon abhängen, wie wir die zentralen Zukunftsfragen einer auseinanderfallenden Gesellschaft im Rahmen eines engen finanziellen Korridors beantworten, Prioritäten benennen und diese auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen beziehen können. Dabei wird sich grüne Politik künftig stärker daran orientieren, welcher Output und welche Wirksamkeit von Maßnahmen ausgehen.

## **5. UNSERE PRIORITÄTEN FÜR EIN SOZIAL.GERECHT.GRÜNES HAMBURG**

Ein Schlüssel, das Auseinanderdriften der Gesellschaft weiter zu verhindern, ist die Stärkung öffentlicher Institutionen und Infrastruktur. Das gilt natürlich für die verschiedenen Bildungsorte, aber es gilt ebenso für Arbeit, Gesundheit, Mobilität, für öffentlichen Raum und Kultur.

### **5.1. Öffentliche Institutionen und Infrastruktur der Zukunft: Qualität, Inklusion und Partizipation**

Aus grüner Sicht sind gute öffentliche Institutionen unabdingbar mit der Gewährleistung von Zugängen verbunden. Öffentliche Institutionen müssen unabhängig von sozialer Lage, Herkunft,

Handicap oder Geschlecht für alle Menschen offen sein, die auf das öffentliche Gut angewiesen sind. Hier gilt der Anspruch an öffentliche Institutionen: Sie müssen qualitativ hochwertig, inklusiv und partizipativ ausgerichtet sein.

## 5.2. Gute Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

Grüne Bildungspolitik will bessere und nachhaltig finanzierte Bildungseinrichtungen und -angebote für alle Menschen in dieser Stadt. Bildungspolitik bleibt zentrales Element grüner Programmatik. Bildung ist elementare Säule der grünen Idee des Sozialen. Unser Ziel ist, die soziale Mobilität nach oben zu stärken und Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Auch hier gilt nach wie vor: Unsere Stadt braucht alle Talente. Hamburg kann es sich nicht erlauben, auch nur ein Kind oder einen Erwachsenen zurück zu lassen.

Wir machen uns dafür stark, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung zu überwinden.

Gute, inklusive Bildungseinrichtungen zeigen Respekt gegenüber der sozialen und ethnischen Vielfalt der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. Inklusive Bildung darf keine Nische bleiben. In Hamburg soll das Menschenrecht auf gemeinsame Bildung für alle umgesetzt werden.

Den Anfang macht eine gute **Kita**. Der Weg zu einer gebührenfreien Kita muss sozial gerecht vollzogen werden. Besonders die sozial Schwachen, Geringverdienenden und Alleinerziehenden brauchen hier besondere Unterstützung und Entlastung. Gebührenfreiheit in der Kita darf nicht auf Kosten der Qualität oder anderer Angebote der Jugendhilfe und des sozialen Bereiches stattfinden. Wir fordern daher eine Qualitätsoffensive im Kita-Bereich und werden diese durch Umschichtungen im aktuellen Doppelhaushalt finanzieren. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass von Behinderung betroffene oder bedrohte Kinder schon ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe in einer Kindertageseinrichtung erhalten.

Jedes vierte Kind lebt in Armut. Deshalb brauchen wir ein Aktionsprogramm, das ein Fundament auch in der Kita hat. Wir brauchen ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut: Dazu werden wir prüfen, ob ein kostenfreies Frühstück für bedürftige Kinder in Kitas kurzfristig finanzier- und realisierbar ist und ob perspektivisch der allgemeine Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz von fünf auf acht Stunden erweitert werden kann. Davon können insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und sozial benachteiligten Familien profitieren. Starke Kinder brauchen aber auch starke Eltern. Um die Elternkompetenzen zu stärken, wollen wir Kinderbetreuung und Familienbildung noch besser vernetzen und weitere Eltern-Kind-Zentren schaffen. Auf Bundesebene unterstützen wir die Forderung zur Umwandlung des Ehegattensplittings in eine schrittweise Individualbesteuerung. Die

Mehreinnahmen sollen in die Finanzierung der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur fließen. Das Betreuungsgeld lehnen wir ab und fordern, das dafür veranschlagte Geld den Ländern für den Ausbau und für qualitative Maßnahmen in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung zu stellen

Die Grundschulen bilden weiterhin den Grundstock für eine gute Schulbildung. Nach den Grundschulen folgen in Hamburg die Stadtteilschule oder das Gymnasium. Hohe Leistung, gute Förderung und eine ganztägige Betreuung sollen an allen Hamburger Schulen erreicht werden, damit jedes Kind seine Zukunftschancen durch eine gute Bildung vergrößern kann. Besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen sollen die Schulen besser ausgestattet werden, um das Ziel, Bildung von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, zu erreichen. Wir wollen gerade die Stadtteilschulen stärken, um sie zu „Integrationsmotoren“ in den Stadtteilen zu machen. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für das Konzept des längeren gemeinsamen Lernens ein. Das gemeinsame Lernen aller Kinder bis zur neunten Klasse ist ein elementares Ziel zur Förderung von benachteiligten Kindern in der Schule. Wenn wir signifikant bessere Ergebnisse erzielen wollen, müssen wir große Anstrengungen vollbringen, um die Qualität des Bildungssystems deutlich zu steigern. Diese Entwicklung fordert eine klare, zielgerichtete Politik, die die ganze Gesellschaft mitnimmt. Auch die Berufsschulen verdienen besondere Aufmerksamkeit. Ihre Rolle im Dualen System muss verbessert werden. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule wollen wir stärken.

Damit die Umsetzung von Inklusion gelingt, dürfen die Schulen und LehrerInnen nicht alleine gelassen werden. Um die nötigen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen, wollen wir einen Inklusionsfond einrichten, der mit einem niedrigen zweistelligen Millionen Euro-Betrag pro Jahr ausgestattet sein und zunächst für drei Jahre eingerichtet werden soll. Der Fond steht Schulen offen, die einen zusätzlichen Bedarf an personellen Ressourcen haben.

Gutes Essen ist uns allen wichtig. Besonders für Kinder ist eine gesunde Ernährung ein wichtiger Grundstein für ein gesundes und bewusstes Leben. Leider sind nur wenige Schulen bisher in der Lage, Kinder mit frisch zubereitetem Essen zu verpflegen. Wir wollen daher mehr Produktionsküchen bauen – die dafür im Haushalt eingestellten Mittel müssen nur klug verwendet und verbaut werden. Die Schülerrestaurants sollen nach der Pause auch Menschen im Quartier offen stehen. Die Schulküchen sollen nach Möglichkeit regionales, fair gehandeltes und ökologisches Essen anbieten. Sie sollen von freien Trägern betrieben werden, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens den Mindestlohn zahlen.

Bildung hört nach der Schule nicht auf. Die ersten Schritte in ein eigenständiges berufliches Leben oder an die Universität sind meist schwierig. Die Schulen sind daher in der Pflicht, die Schülerinnen und Schüler auf diese Lebensphase vorzubereiten. Besonders für diejenigen, die die Schule mit dem

ersten Abschluss verlassen, ist eine gute Berufsorientierung und Begleitung beim Übergang in den Beruf wichtig. Deshalb wollen wir die Reform des Übergangssystems von der Schule in den Beruf, die wir in unserer Regierungsbeteiligung begonnen haben, fortführen und weiterentwickeln. Die Berufs- und Studienorientierung an den Schulen muss ebenso weiter gestärkt werden wie Produktionsschulen als besonderes Angebot für diejenigen, die eine intensive Begleitung brauchen. Unser Ziel lautet: "Kein Abschluss ohne Anschluss." In diesem Zusammenhang ist den GRÜNEN auch die Stärkung des Dualen Systems besonders wichtig und seine Ausrichtung auf zeitgemäße soziale und ökologische Anforderungen.

Hamburgs Hochschulen sind der Motor für die Zukunft der Stadt. Sie brauchen verlässliche Planungshorizonte und ausreichend Haushaltsmittel, so dass keine Streichung von Studienplätzen erforderlich ist. Angesichts des demographischen Wandels muss Hamburg ein attraktiver Studienort für junge Menschen bleiben. In Hamburg ist der Anteil der Berufstätigen mit Hochschulabschluss immer noch zu gering. Wir wollen Menschen mit beruflichem Abschluss den Weg an die Hochschule erleichtern, auch ohne Abitur. Wir wollen den offenen Hochschulzugang nach dem Vorbild der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik auch für Nicht-Abiturientinnen und -Abiturienten auch auf andere Studiengänge ausweiten mit dem Ziel der deutlichen Erhöhung der Studienaufnahme durch beruflich Qualifizierte. Für Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien oder klassischen Arbeiterfamilien ist es wichtig, dass sie motiviert und unterstützt werden, ihren Weg an die Hochschule zu finden. Die erneute Einführung der Studiengebühren lehnen wir ab. Das gebührenfreie Erststudium bis zum Master bleibt weiterhin unser Ziel.

Wir wollen lebenslanges Lernen fördern und setzen auf eine weiterbildungsaktive Gesellschaft, in der Nach- und Weiterqualifizierungen besser möglich sind als bisher. Vor allem für benachteiligte Gruppen, z.B. Geringqualifizierte oder ältere Menschen, müssen die Hürden für die Teilnahme gesenkt werden.

### 5.3. Eltern und Kinder stärken

Eltern und Kinder brauchen spezielle Angebote, die auf ihre Bedürfnisse eingehen. Hamburg ist eine familienfreundliche Stadt und soll es auch bleiben. Allerdings lebt jedes vierte Kind in Armut. Wir wollen ein starkes Netz für Kinder und Jugendliche, mit dessen Hilfe es gelingt, den Teufelskreis aus Armut, schlechteren Bildungs- und Berufschancen zu durchbrechen.

Die Kürzungen des SPD-Senats treffen Kinder, Jugendliche und Familien besonders hart. Besonders die offene Kinder- und Jugendarbeit leistet mit ihrem niedrigschwelligen Zugang, den selbst bestimmten Inhalten und Arbeitsweisen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung junger Menschen jenseits des Schulalltags und des Elternhauses. Die Einsparungen können auch nicht von den Schulen kompensiert

werden, wie die SPD behauptet. Wir fordern daher die Rücknahme der Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir unterstützen aus diesem Grund den Vorschlag eines Moratoriums als einen Schritt auf dem Weg dahin, um Zeit für eine sorgfältige Jugendhilfeplanung zu gewinnen. Die Kürzungen sollen für mindestens zwei Jahre ausgesetzt werden, um mit den Bezirken eine sorgfältige Jugendhilfeplanung erarbeiten zu können. Nur so können auch die Ergebnisse des Ausbaus von Ganztagschulen in die Planungen einfließen. Bei der Aufarbeitung des Todes von Chantal wurden erneut strukturelle Defizite in der Aufgabenwahrnehmung der Allgemeinen Sozialen Dienste festgestellt. Die Belastung der einzelnen Mitarbeiter durch die zu hohe Anzahl der Fälle gefährden nach Meinung vieler Expertinnen und Experten den Schutz der Kinder in Hamburg. Trotz dieser alarmierenden Ergebnisse bleibt der SPD-Senat untätig. Um den Kinderschutz in Hamburg zu verbessern, müssen die Jugendämter kurzfristig in die Lage versetzt werden, ihren Kernauftrag des Kinderschutzes mit der erforderlichen Sorgfalt und Qualität wahrzunehmen. Wir schlagen dafür mehr Personal und die Einführung einer Fallzahlobergrenze vor.

Die bereits bestehenden Eltern-Kind-Zentren können den nachgefragten Bedarf kaum decken. Die bestehenden Zentren sollen daher gestärkt und wenn möglich ausgebaut werden. Ein weiterer wichtiger Eckstein der Familienberatung ist die Mütterberatung. Besonders für junge alleinerziehende Mütter sind solche Unterstützungsangebote wichtig. Daher wollen wir auch sie stärken. Die Hebammen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bezirklichen Mütterberatung leisten durch ihre aufsuchende Arbeit einen wichtigen Baustein für den Kinderschutz. Wir setzen uns zur Stärkung dieser Arbeit für verbindliche Standards ein, mit denen das neue Kinderschutzgesetz flächendeckend umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Familienhebammen auch nach dem Auslaufen der Bundesmittel im Jahr 2015 weiter gesichert ist.

Freiräume sind in der Großstadt nur begrenzt vorhanden. In dem Zusammenhang sprechen wir uns auch stark gegen die Vertreibung und Verdrängung von Jugendlichen in der Innenstadt aus. Es ist uns ein Anliegen, sowohl Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, in allen Teilen der Stadt ihre Freizeit selbst zu gestalten, als auch Einrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten. Dafür müssen wir die Belange von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Stadtplanung besonders berücksichtigen, daher setzen wir uns weiterhin für die verbindliche Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

#### 5.4. Teilhabe durch gute Arbeit

Der Arbeitsmarkt ist auch in Hamburg von einer doppelten Spaltung geprägt: Zum einen gibt es eine Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Zum anderen spaltet sich der Arbeitsmarkt in regulär und prekär Beschäftigte. Insbesondere Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Migrantinnen und

Migranten, Menschen mit Behinderung aber auch jüngere und ältere Menschen finden häufig keinen oder nur einen schlecht bezahlten Job. Mit einer inklusiven Arbeitsmarktstrategie haben wir Grüne das Ziel, Teilhabe durch gute Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Arbeit ist der erste Weg heraus aus der Armut, hin zum selbstbestimmten Leben. Trotz der brummenden Konjunktur profitieren nur wenige von der wirtschaftlichen Stärke Hamburgs. Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu und Lohndumping ist Normalität. Damit sich „working poor“ nicht in Hamburg verfestigt, setzen wir uns für einen bundesweiten Mindestlohn ein. Als ersten wichtigen und richtigen Schritt sehen wir das Landesmindestlohngesetz. Damit die Angemessenheit der Höhe des Landesmindestlohns stetig überprüft wird, sollte eine Landesmindestlohnkommission eingerichtet werden. Zusätzlich sollten Mechanismen zur Überprüfung und Kontrolle des Gesetzes und zur Sanktionierung bei Verstößen mit in das Gesetz aufgenommen werden. Wir wollen, dass die Stadt Hamburg als Arbeitgeberin und ihre öffentlichen Unternehmen mindestens 8,50 € zahlen. Dies gilt auch bei allen öffentlichen Vergaben von Leistungen. Weiter brauchen wir eine Leiharbeits-Richtlinie, die nicht nur Ämter und Behörden, sondern auch die städtischen Unternehmen und ihre Töchtergesellschaften einschließt.

Damit wir allen den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern, setzen wir uns für eine Verbesserung der beruflichen Weiterbildung ein. Dabei sollte auch geprüft werden, in wieweit das Duale System auch zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen eingesetzt werden kann. Die Fortbildungen und Weiterbildungen sollen dabei individuell an die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Betroffenen angepasst sein. Die vielfältigen Angebote und Hilfen für Arbeitslose sollten besser auf die Bedürfnisse im Einzelfall zugeschnitten sein, damit ihre individuellen Kompetenzen gestärkt und ausgebaut werden und damit die Beschäftigung und soziale Integration besser ermöglicht wird.

Wir setzen uns für ein bundesweites Sanktionsmoratorium ein, das auch in Hamburg greifen soll. Bis eine eindeutig verfassungsmäßige Regelung gefunden ist, wollen wir die Aussetzung von Sanktionen, denn sie gefährden die Existenz von Menschen und widersprechen unserem emanzipatorischen sozialpolitischen Ansatz. Wir wollen ein soziales Unterstützungssystem, dessen Aufgabe darin besteht, Menschen zu unterstützen und zu fördern. Damit die Förderung, Unterstützung und Vermittlung von Arbeitssuchenden besser gelingt, wollen wir die Arbeitsagenturen serviceorientierter ausrichten. Eine individuelle Betreuung soll dazu führen, das Fragen zum Bereich Arbeit, Bildung und berufliche Weiterentwicklung beantwortet und Fortbildungen bedarfsorientiert vermittelt werden. Die Vermittlung innerhalb der Agenturen wollen wir für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser gestalten. Damit Konflikte zwischen Leistungsempfängerinnen und -empfängern und Arbeitsagentur frühzeitig und außergerichtlich beigelegt werden können, wollen wir eine unabhängig Ombudsstelle einrichten, deren Aufgabe darin

bestehen würde, Fälle von Diskriminierung und Konflikte im Bereich Sozialleistungen zu behandeln und in einem jährlichen Bericht zu veröffentlichen. Um seiner Aufgabe für Hamburg gerecht zu werden, sollte das Jobcenter team.arbeit.hamburg stärker kommunalisiert und mit den bezirklichen Strukturen verzahnt werden. Die zentrale Steuerung liegt bei der Stadt. Mit der Agentur für Arbeit soll besser kooperiert werden und wir brauchen eine engere Verzahnung von der SGB II-Behörde mit ArbeitgeberInnen und sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen. Bei der Verwendung von Arbeitsmarktmitteln hat der Erwerb von Berufsabschlüssen Priorität. Besonders die Qualifizierung von jungen Hilfebedürftigen bis 35 Jahre, die keinen Schul- oder Berufsabschluss haben, muss intensiviert werden. Arbeitgeberleistungen zur Eingliederung von Erwerbslosen wie das "Hamburger Modell" und "Eingliederungszuschüsse" müssen auf Mitnahmeeffekte geprüft werden. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen gut ausgebildet sind – auch wenn sie dafür Umwege brauchen.

Die Verknüpfung zwischen Beschäftigungsförderung und Stadtteilentwicklung ist ein sozialpolitischer Handlungsschwerpunkt. Innerhalb der Stadtteile wollen wir öffentlich geförderte Beschäftigung und individuelle Hilfe mit der Arbeit in sozialen und ökologischen Projekten fördern. Durch die bundesweiten Kürzungen der Fördermittel für Arbeitslose setzen wir weiterhin auf eine aktivierende Arbeitsmarktförderung. Besonders die Gruppe der benachteiligten Zielgruppen sollte im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen.

Trotz aller Förderung müssen wir der Realität ins Auge sehen, dass es Menschen geben wird, die keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten werden. Für sie brauchen wir einen echten sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsverhältnisse schaffen, um auch ihnen eine langfristige Beschäftigung zu bieten. Arbeit bedeutet nicht nur ökonomische Sicherheit, sondern auch Wertschätzung. Wir wollen, dass Langzeitarbeitslose wieder ein aktiver Teil dieser Gesellschaft werden und ihnen durch ein gefördertes Arbeitsverhältnis die Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Diese öffentlich geförderten Arbeitsverhältnisse sollen vor allem in strukturschwachen Stadtteilen angesiedelt werden. Der soziale Arbeitsmarkt soll Menschen mit Behinderung und Menschen über 55 Jahren besonders berücksichtigen.

#### 5.5. Hamburg hält zusammen - Aktive Stadt(teil)entwicklung

Hamburg ist eine Stadt der Gegensätze. Genauso unterschiedlich wie die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner sind die einzelnen Stadtteile. Eine gleiche Politik für unterschiedliche Stadtteile ist nicht angemessen. Eines haben jedoch alle Stadtteile gemeinsam: Sie sind das Zuhause von Menschen. Wir wollen daher alle Menschen in einem Stadtteil bei der Stadtteilentwicklung mitnehmen. Bürgerbeteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung sind wichtige Säulen der innovativen Stadtteilentwicklung. Um auf die Wünsche und Vorstellungen der Menschen vor Ort einzugehen,

setzen wir uns weiterhin für Beteiligungsprozesse und öffentliche Anhörungen ein. Es sollte der Grundsatz gelten: Wer im Stadtteil und somit in der Stadt lebt, darf mitbestimmen. Daher fordern wir das aktive und passive kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten, die in Hamburg leben – auch wenn sie keinen EU-Pass haben. Für die Einheitsgemeinde Hamburg fordern wir konsequenterweise auch das aktive und passive Wahlrecht für die Bürgerschaftswahlen. Die Einführung des Wahlrechts zu Bundestagswahlen ist aus unserer Sicht politisch wünschenswert, verfassungsrechtlich aber leider kaum umsetzbar.

Bei dem allgemeinen Beteiligungsprozess sollte sichergestellt werden, dass auch die Interessen von Menschen berücksichtigt werden, die sich nicht am formalen Beteiligungsprozess einbringen können. Die verbindliche Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein wichtiger Baustein dafür. Aber auch Menschen mit Behinderung oder Lernschwierigkeiten brauchen einen gesonderten Prozess, der extra auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Die Meinung und Beteiligung von Menschen mit Behinderung ist besonders bei öffentlichen Bauvorhaben und bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes wichtig, damit die Stadt endlich barrierefrei wird und wir für die Belange und Bedürfnisse aller Menschen sensibilisiert werden.

Natürlich wollen wir auch die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren weiter stärken. Das Seniorenmitwirkungsgesetz ist ein erster Schritt, aber noch lange keine Garantie für eine echte Mitbestimmung. Diese sollte niedrigschwellig, aber verbindlich organisiert sein. Die Seniorinnen und Senioren mit Behinderung sind in die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes einzubeziehen und aktiv daran zu beteiligen.

Wer mitbestimmen möchte, braucht Informationen. Ein transparentes Handeln von Behörden, Ämtern und Regierung ist der Grundstein für eine gelebte Bürgerbeteiligung. Mit dem von allen Fraktionen beschlossenen Transparenzgesetz hat Hamburg hier eine Vorreiterrolle eingenommen. Der erleichterte Zugang zu Informationen durch ein zentrales Informationsregister führt zu einem Abbau von Hürden, die nicht zuletzt Aufgrund von Gebühren und einem aufwändigen Antragswesen auch einen sozialen Filter darstellen. Durch seine klaren Veröffentlichungspflichten verhindert das Transparenzgesetz, dass nach politischer Opportunität veröffentlicht wird und so Missstände verschleiert werden. Im Gegenteil wird es mit Hilfe des Gesetzes zukünftig ermöglicht, verschiedene Probleme anhand offizieller Daten öffentlich zu analysieren und miteinander in Verbindung zu setzen und so auf Missstände und ihre Ursachen aufmerksam zu machen.

Bürgernahe Entscheidungen und eine bürgerfreundliche Verwaltung gehen Hand in Hand. Besonders für sozial benachteiligte Menschen, Menschen mit Behinderung oder SeniorInnen sowie Kinder und Jugendliche wirken große anonyme Verwaltungsapparate einschüchternd. Die angestoßene

Entflechtung der Aufgaben von Behörden und Bezirksämtern begrüßen wir grundsätzlich, jedoch darf sich dahinter keine Sparmaßnahme verstecken. Wenn Bezirke mehr Aufgaben übernehmen sollen, was im Sinne einer bürgernahen Verwaltung ist, dann müssen sie dafür auch die notwendigen personellen Ressourcen erhalten. Dies wirkt sich auf die Qualität und Serviceorientierung der Verwaltung aus und trifft am stärksten die, die auf Unterstützung der Verwaltung angewiesen sind. Das sind meist Menschen in sozial schwierigen Lagen.

## 5.6. Stadtteile fördern

Die GRÜNEN haben 2009 das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) auf den Weg gebracht. Es hat das Ziel, die Stadtteilentwicklung von sozial benachteiligten Stadtteilen zu fördern. Durch Bildung und Qualifizierung der Bürgerinnen und Bürger gelang und gelingt es, die individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen zur aktiven Bürgerbeteiligung zu fördern und so eine aktive Bürgergesellschaft vor Ort zu entwickeln. Die Dreh- und Angelpunkte im aktiven Stadtteilleben sind meist Bürgerhäuser oder Community Centers. Jetzt zeigt sich, dass diese nicht überwiegend durch bürgerliches Engagement betrieben werden können. Wir wollen für sie einen Weg in die Regelfinanzierung finden, damit gute Strukturen nicht verschwinden.

Sozial benachteiligte Stadtteile sind die Heimat von Menschen, die meist mehrere soziale Probleme haben, seien es Arbeitslosigkeit, die sozialen Schwierigkeiten, die das alleinige Erziehen von Kindern mit sich bringen, oder Schulden. Die sozialen Unterstützungsangebote und Präventionsangebote sollten daher besonders in diesen Stadtteilen gefördert werden. Ihre Arbeit sollte sozialräumlich orientiert und aufeinander abgestimmt sein. Die öffentliche Schuldnerberatung ist ein wichtiger Baustein des sozialen Hilfesystems und sollte bedarfsorientiert und dezentral ausgebaut werden.

Desweiteren ist eine gute Anbindung an den ÖPNV wichtig. Nach dem Motto „Anhängen statt Abkoppeln“ wollen wir die Verkehrsanbindung besonders dieser Stadtteile verbessern.

Die einen Stadtteile müssen gesondert gefördert werden, die anderen Stadtteile müssen wir schützen. Der Druck auf die innerstädtischen Quartiere nimmt immer weiter zu. Steigende Mieten, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen verdrängen die Menschen vor Ort. Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter haben die GRÜNEN bereits soziale Erhaltensverordnungen eingeführt. Zusätzlich sollte die Stadt ihr Vorverkaufsrecht stärker ausüben, um spekulative Hausverkäufe zu verhindern und Baugebiete gezielt an Mietergenossenschaften zu geben oder für sozialen Wohnungsbau nutzbar zu machen. Da bereits tausende von Sozialwohnungen fehlen, muss die Stadt weitere Mietbindungen ankaufen. So können wir sicherstellen, dass Wohnen und Leben in den innerstädtischen Quartieren kein Luxusgut wird und Hamburg überall eine Stadt für alle bleibt. Wir wollen eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, durch die das Bestellerprinzip bei Maklercourtage in das Ge-

setz zur Regelung der Wohnungsvermittlung integriert wird, sodass der Vermieter bzw. die Vermieterin in der Regel die Kosten für die Vermittlung tragen muss und eine vertragliche Abwälzung auf die Wohnungssuchenden unwirksam ist. Hier gilt: „Wer bestellt, muss auch bezahlen.“

## 5.7. Recht auf Wohnen

In Hamburg leben bereits 5.200 Menschen ohne Wohnung. Die Tendenz ist steigend. Unterschiedliche Wege führen in die Wohnungslosigkeit. Menschen in finanziellen Schwierigkeiten geraten viel zu schnell in die Wohnungslosigkeit. Hier muss das Hilfesystem schneller und effektiver werden. Oberstes Ziel der Wohnungslosenhilfe sollte es sein, den Verlust der Wohnung zu verhindern - sei es durch Schuldnerberatung, bei SGB II-Empfängerinnen und -empfänger die direkte Überweisung der Miete an die Vermieterin bzw. den Vermieter oder die Erhöhung der Freibeträge der Genossenschaftsanteile. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Um die Not kurzfristig zu bekämpfen, brauchen wir gute Unterbringungsplätze in öffentlichen Einrichtungen. Ein mittelfristiges Ziel sollte es sein, kleine, dezentrale Unterbringungen zu schaffen. Um die Situation jedoch umgehend zu verbessern, müssen wir bereits jetzt mit kleinen Maßnahmen beginnen. Die Einrichtung von Clearinghäusern nach dem Münchner Modell ist ein Weg, um Menschen wieder in ordentliche Mietverhältnisse zu bringen. Die unbürokratische, schnelle und kostenlose Ausstellung von Dringlichkeitsscheinen sollte im Fall der Wohnungslosigkeit ermöglicht werden. Zusätzlich benötigt Hamburg dringend 500 neue Plätze in der öffentlichen Unterbringung. Langfristig muss es unser Ziel sein, eine andere und nachhaltige Lösung für Wohnungslosigkeit zu finden. Die gesamte öffentliche Unterbringung sollte geschlechtergerecht ausgerichtet werden und auch in der Lage sein, den Bedürfnissen von Kindern und Familien gerecht zu werden.

Das Winternotprogramm muss an dem steigenden Bedarf ausgerichtet werden und für besondere Zielgruppen wie Frauen müssen gesonderte Angebote geschaffen werden. Menschen, die obdachlos oder wohnungslos sind, sind meist krank oder von Krankheit bedroht. Die medizinische Versorgung von Wohnungslosen wollen wir daher ausbauen. Zusätzlich setzen wir uns für gesonderte Pflegeeinrichtungen für Wohnungslose ein. Ergänzend zum bestehenden Winternotprogramm wollen wir weitere dezentrale, kleinteilige Winternotquartierplätze für Obdachlose schaffen.

Um besonders junge Menschen schnell aus der Wohnungslosigkeit zu holen, sollte die Festlegung von schwerwiegenden sozialen Gründen nach § 22 SGB II bei U25-jährigen erleichtert werden.

## 5.8. Gesundheit für alle

Armut macht krank. Ständige Sorgen und Ängste um die eigene Existenz, soziale Ausgrenzung,

finanzielle Nöte, mangelnde persönliche Ressourcen und wenig Geld für Essen, Medikamente und Kleidung führen zu einem schlechten Gesundheitszustand. Zugleich erreichen Hilfs- und Präventionsangebote sozial schwache Menschen derzeit oft nur unzureichend, da sie an den Problemen und Lebensrealitäten der Betroffenen vorbei gehen und vielfach befristet sind. Wir fordern daher, die Gesundheitsförderung und -prävention sozial benachteiligter Menschen durch die koordinierte Förderung langfristiger, praxisbewährter Projekte nachhaltig zu stärken. Zugleich muss in diesem Bereich die Zusammenarbeit von Sozial-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen weiter ausgebaut und verstetigt werden. Eine besondere Bedeutung kommt außerdem dem öffentlichen Gesundheitsdienst zu. Diesen wollen wir stärken und modernisieren. Auch der ärztliche und schulärztliche Dienst sollte weiter ausgebaut werden. Damit Menschen selbstbestimmt Entscheidungen im Gesundheitsbereich treffen können, brauchen sie eine unabhängige Beratung über ihre gesundheitlichen Rechte. Daher wollen wir die unabhängige Patientenberatung bekannter machen.

Ein Ziel der Gesundheitspolitik sollte es außerdem sein, wohnortsnahe medizinische Versorgung zu garantieren. Dafür wollen wir unter anderem der Abwanderung von Kassenärztinnen und -ärzten aus den Stadtteilen entgegenwirken, dafür setzen wir auf einen Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Verbänden der Krankenkassen. Besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir uns für eine bessere Vernetzung von Praxisanteilen der medizinischen Ausbildung mit der Arbeit von Gesundheitshäusern und medizinischen Versorgungszentren stark machen.

Der Gesundheitssektor ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich für Hamburg. Grüne Politik tritt für eine soziale, nachhaltige und gerechte Gesundheitswirtschaft ein. Wir wollen in diesem Bereich u.a. gesundheitliche Innovationen und neue Versorgungsstrukturen stärken, uns für gute und angemessen bezahlte Arbeitsplätze einsetzen sowie nachhaltiges Wachstum unterstützen. Wettbewerbsnachteile öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sollen abgebaut und der Wettbewerb um mehr Qualität vorangebracht werden. Wir unterstützen zudem eine Aufwertung der nicht medizinischen Gesundheitsberufe, insbesondere im Bereich der Pflege, innerhalb des Gesundheitssektors.

Wir wollen die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere verbessern und das Konzept einer Clearing-Stelle weiter stärken.

#### 5.9. Prävention statt Repression - Für eine progressive Drogen- und Suchtpolitik

Wir GRÜNEN stehen für eine progressive Drogen- und Suchtpolitik, die Prävention und Hilfe für die Betroffenen in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik der Repression und der Kriminalisierung suchtkranker Menschen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir eine Politik, die sich an den Menschen und ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit orientiert. Unser Ziel ist dabei, riskante und schädliche

Konsummuster zu verhindern sowie Hilfe und Behandlung anzubieten. Eine fortschrittliche Suchtpolitik muss dabei gleichermaßen illegale und legale Drogen sowie stoffungebundene Süchte - wie etwa die Spielsucht – im Blick haben. Neue Ansätze gegen die Drogenkriminalität – etwa partielle Legalisierung - wollen wir unvoreingenommen prüfen. Um Konsumentinnen und Konsumenten vor gepanschten Drogen zu schützen, unterstützen wir zudem ein Pilotprojekt „Drugchecking“ für Hamburg. Wir setzen uns dafür ein, dass das vielfältige und qualitativ hochwertige Hilfsangebot in Hamburg erhalten bleibt. Einsparungen in diesem Bereich gehen zu Lasten der Schwächsten in unserer Stadt und führen langfristig zu hohen sozialen Folgekosten. Wir fordern daher eine auskömmliche Finanzierung der Hamburger Einrichtungen und Hilfsangebote. Zugleich muss die Drogen- und Suchthilfe in die Lage versetzt werden, auf neue Herausforderungen in der Suchtpolitik - wie die steigende Zahl spielsüchtiger Menschen - durch neue Angebote reagieren zu können. Wir unterstützen zudem die Arbeit der Suchtselbsthilfe und lehnen Kürzungen in diesem Bereich ab. Ein besonderes Augenmerk in der Suchthilfe muss zudem auf Familien mit Kindern gelegt werden. Wir fordern, die Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche suchtkranker Eltern zu stärken, betroffene Familien intensiv zu betreuen und mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten zu unterstützen. Hierzu muss auch die Kooperation zwischen den verschiedenen Hilfsangeboten, staatlichen und nicht staatlichen Stellen in diesem Bereich intensiviert werden.

#### 5.10. Mobilität ist Teilhabe

Nur wer sich mobil in der Stadt bewegen kann, kann am gesamten städtischen Leben aktiv teilhaben. Wir fordern die Anpassung des Zuschusses für das Sozialticket an die HVV-Tarifsteigerungen. Wir wollen den Radverkehr als eine für alle erschwingliche Art der Fortbewegung fördern – eine Verkehrsplanung, die auf das Auto setzt, schließt diejenigen aus, die sich keins leisten können. Von Lärm und Schadstoffen sind eher ärmere Bevölkerungsgruppen betroffen, daher setzen unsere Mobilitätskonzepte auch dort an.

#### 5.11. Kulturelle Teilhabe ermöglichen

Kultur findet nicht nur in Hamburgs Staatstheatern oder Museen statt. Viele Kinder aus Hamburgs „benachteiligten“ Stadtteilen waren noch nie in einer dieser Einrichtungen. Sie kommen in ihrem Alltag nicht mit dieser Kultur in Berührung und haben keinen Zugang. In der Regel ist nicht das Eintrittsgeld die Barriere, sondern der kulturelle Erfahrungshorizont des eigenen Stadtteils oder Milieus, das zu selten verlassen wird. Kulturelle Vielfalt ist in diesen Einrichtungen immer noch unterrepräsentiert. Wir wollen die breite interkulturelle Öffnung dieser Einrichtungen auf allen Ebenen.

Hamburgs Kultur ist vielfältig. In vielen „abgehängten“ Stadtteilen haben sich Off- und Sub-Kultur-

Orte etabliert, soziokulturelle Zentren und Initiativen arbeiten mit den Bürgerinnen und Bürger und leben eine Kultur für alle, die sich an Partizipation orientiert und bürgerschaftliches Engagement fördert. Wir wollen die Vielfalt an kulturellen Ausdrucks- und Vermittlungsformen stärken mit dem Ziel, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Wir setzen uns für eine breite Öffnung der Staatstheater, Museen und Konzertsäle mit Partizipationsprojekten in den Stadtteilen ein. Für eine lebendige und stadtteilbezogene Kultur brauchen wir mehr Wertschätzung für soziokulturelle Projekte und Initiativen, Geschichtswerkstätten, Bücherhallen sowie Kinder- und Jugendkultur in den Stadtteilen. Wir fordern einen bezahlbaren Zugang zu kulturellen Angeboten für eine breite Gruppe sozial schwacher Menschen, z.B. durch eine ermäßigte Jahreskarte, eine Ermäßigungsregelung durch einen HamburgPass wie z.B. in Köln der KölnPass oder regelmäßigen freien Eintrittstagen in Museen wie in anderen Städten.

#### 5.12. Auf den Weg zur generationsfreundlichen Stadt

Hamburg muss sich auf den demografischen Wandel vorbereiten. Wir werden immer älter und bleiben länger fit. Bald werden in Hamburg mehr als ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein. Das Wissen und die Erfahrungen der Menschen in der zweiten Lebenshälfte sind für die gesellschaftliche Entwicklung fördernd. Wir setzen uns daher für die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit im Seniorenalter ein. Damit Hamburg generationsfreundlich wird, brauchen wir die Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren. Die Seniorenmitbestimmung wollen wir stärken. Über das Seniorenmitwirkungsgesetz hinaus wollen wir Ältere gezielt in politische Prozesse einbinden – das gilt auch für unsere eigene Partei.

Der demografische Wandel ist besonders für den Arbeitsmarkt Chance und Herausforderung in einem. Ältere wollen und müssen länger arbeiten. Die Hamburger Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen motiviert werden, auch Ältere einzustellen, um von ihren Erfahrungen zu profitieren. Teilzeitstellen und Lebensarbeitskonten sind wichtige Instrumente, um die Arbeit von älteren Menschen zu fördern.

Es ist uns ein dringendes Anliegen, Seniorenarbeit weiter zu stärken. In dem Rahmen sind besonders wohnortnahe und niedrighschwellige Angebote wichtig, um Seniorinnen und Senioren vor gesellschaftlicher Isolation zu schützen. Denn es ist ein bedauerlicher Fakt, dass Altersarmut immer weiter zunehmen wird. Um dem entgegen zu wirken, ist es fundamental falsch und nicht zukunftsorientiert, die bereits bestehenden Angebote wieder abzubauen. Damit Hamburg die Herausforderung der Altersarmut bewältigen kann, müssen wir diesen Abbau verhindern. Dazu gehört auch, in der Gesellschaft überhaupt ein Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen. Es kann nicht sein, dass Betroffene mit ihren Problemen allein gelassen werden. Vielmehr muss es unser Ziel

sein, Seniorenarbeit zu stärken und Seniorinnen und Senioren besser in die Gesellschaft zu integrieren, damit sie nicht mehr aufgrund ihres Alters strukturell diskriminiert und isoliert werden. Generationenübergreifende Angebote wollen wir stärken und ausbauen. Wir wollen Bindungen zwischen den Generationen, auch außerhalb der Familie stärken, und unterstützen. Hierdurch wird unsere Gesellschaft zusammengehalten. Kinder zu fördern, Eltern in der Erziehung zu unterstützen, Familien zu beraten, familiennahe Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermitteln, die Potenziale der älteren Generation zu nutzen kann den Zusammenhalt zwischen den Generationen intensivieren.

Damit im Alter die Mobilität nicht eingeschränkt wird, ist der Ausbau der Barrierefreiheit wichtig und unerlässlich. Zusätzlich wird verstärkt barrierefreier Wohnraum benötigt. Alter darf nicht dazu führen, dass man aus dem eigenen Quartier verdrängt wird. Besonders in den innerstädtischen Quartieren ist dies ein wachsendes Problem.

### 5.13. Alles Inklusive

Jeder Mensch hat spezielle Bedürfnisse. Besonders Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen haben es immer noch schwer, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Barrieren, die ihre Teilhabe behindern, wollen wir einreißen.

Unser Ziel ist: eine Stadt für alle. Damit unüberwindbare Hindernisse abgebaut werden, fordern wir langfristig den Abbau aller Barrieren. Damit die Fehler der Vergangenheit sich nicht wiederholen, benötigen wir einen klaren Kriterienkatalog für Inklusion. An diesem müssen sich neue politische Vorhaben messen lassen. Die falschen Weichenstellungen der Vergangenheit, die zu Barrieren und zu Exklusion geführt haben, können wir nicht von jetzt auf gleich korrigieren. Dieser Weg wird lange dauern. Aber keine neue Entscheidung - ob in der Bildungspolitik, in der Verkehrspolitik, der Arbeitsmarktpolitik oder der Wohnungsbaupolitik - darf mehr am Ziel der Inklusion vorbeigehen. Deshalb wollen wir auch, dass Menschen mit Behinderung insbesondere bei stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen und Bauplanungsverfahren besser und frühzeitig mit einbezogen werden und brauchen eine Änderung der Landesbauvorschriften zugunsten von Barrierefreiheit und generationsgerechtem Wohnen.

Zusätzlich wollen wir den Ausbau von ambulanten und teilstationären Angeboten. Menschen wollen selbstbestimmt und unabhängig im eigenen Wohnraum leben. Die möglichen Unterstützungsangebote insbesondere der persönlichen Assistenz wollen wir fördern. Damit der Weg von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt erleichtert wird, fordern wir die Anhebung der betrieblichen Ausgleichszahlungen und die Förderung des persönlichen Budgets. Zusätzlich wollen wir die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Hamburg effektiv und bedarfsgerecht gestalten und den Zugang zu diesen für Leistungsempfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen

erleichtern. Deswegen muss der Aufgabenbereich der Integrationsfachdienste auf alle SGB-II-Bezieherinnen und -Bezieher erweitert werden.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass die Hansestadt Hamburg in ihrer Rolle als Arbeitsgeberin noch mehr Menschen mit Behinderung einstellt und zwar auch in allen weiteren stadteigenen Betrieben mit ihren vielen Töchtergesellschaftlichen. Inakzeptabel sind Unterschreitungen der gesetzlichen Mindestquote von 5 %.

#### 5.14. Einwanderungsstadt Hamburg

Hamburg profitiert seit Jahrhunderten von seiner kulturellen und ethnischen Vielfalt. Neue Ideen, wirtschaftliche Innovation und kulturelle Abwechslung sind die Resultate der pluralistischen Gesellschaft. Die Vielfalt der Stadt birgt große Potenziale, die wir nutzen wollen.

Wenn in Hamburg eine Kultur entsteht, in der Menschen ihre Potenziale und kulturellen Identitäten in Freiheit und gegenseitiger Anerkennung entfalten können, dann trägt das zum sozialen Frieden und allgemeinen Wohlstand bei. Voraussetzung eines friedlichen und respektvollen Miteinanders ist der Abbau von struktureller Diskriminierung und der Aufbau des gegenseitigen Respekts. Hamburg ist eine Stadtgesellschaft mit transnationaler Erfahrung und gelebter kultureller Vielfalt. Wir setzen uns ein für anonymisierte Bewerbungsverfahren auch für die hauptamtlichen Stellen in unserer Partei (im Rahmen der Geschlechterquotierung sollte das Geschlecht trotzdem angegeben werden), interkulturelle Trainings für Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie gezielte Maßnahmen für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die benachteiligt sind. Wir wollen durch das Subsidiaritätsprinzip und Empowerment die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung unabhängig von der Herkunft stärken. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund muss sich in der Politik und Verwaltung erhöhen, bürgerschaftliches Engagement in den Bezirken und Stadtteilen gefördert werden. Ein kommunales Integrationsmonitoring mit messbaren Indikatoren ermöglicht eine fortlaufende Überprüfung der individuellen Integrationsfortschritte in der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Teilhabe der Hamburger Stadtgesellschaft.

Für Hamburg als Einwanderungsstadt wollen wir eine Politik der Vielfalt, die nicht zwischen 'Fremden' und der Mehrheit trennt. Unser Vision ist eine Gesellschaft auf Grundlage von Gerechtigkeit und chancengleicher Teilhabe aller Menschen. Daher setzen wir uns ein für die interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Bildung und Politik, aber auch von Organisationen und Wirtschaft. Wir fordern, dass Hamburg die Charta der Vielfalt ernst nimmt.

Alle Menschen, die in Hamburg wohnen, sind Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns für die Abschaffung der Optionspflicht ein. Einbürgerungen

wollen wir vereinfachen. Die doppelte Staatsangehörigkeit erleichtert vielen Menschen mit Migrationshintergrund die Entscheidung zur Einbürgerung. Deshalb befürworten wir sie. Wir setzen uns ein für eine Willkommenskultur, die die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement vor Ort.

Wir verurteilen Rassismus und rassistische Gewalt. In Hamburg, Deutschland, Europa und der Welt darf dafür kein Platz sein. Wir setzen uns für eine lückenlose Aufklärung der rassistischen NSU-Morde und für effektive und transparente Strukturen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ein. Unser Ziel ist eine bessere Förderung und finanzielle Ausstattung von antirassistischer Arbeit und Antidiskriminierungspolitik. Wir brauchen gut ausgebildete Einwanderinnen und Einwanderer und Fachkräfte für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hamburg, unabhängig von der (Aus-) Bildungsoffensive und der Förderung hier lebender Menschen. Wir setzen uns für die Anerkennung ausländischer Abschlüssen ein. Die Abwanderung von HochschulabsolventInnen ins Ausland wollen wir verhindern. Unternehmen mit Migrationshintergrund in Hamburg sorgen für Wachstum und Arbeitsplätze. Der demografische Wandel macht auch vor Migrantinnen und Migranten nicht Halt, daher sind die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten: Wir setzen uns für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens und für Mitspracherechte von Seniorinnen und Senioren in entsprechenden Gremien ein.

Immer mehr Menschen aus Mittelosteuropa suchen ihr Glück in Hamburg. Die Flucht aus ärmlichen Verhältnissen ohne Aufstiegsperspektive lässt die Menschen nach Hamburg kommen. Diese Menschen sollten beraten und unterstützt werden, damit sie ihre Chancen und Risiken in Hamburg einschätzen können. Zusätzlich sollte ihnen ermöglicht werden, kostenlos Deutsch zu lernen und sie sollten über ihre (Arbeits)Rechte informiert werden, damit ihre Notsituation auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgenutzt wird. Außerdem muss ihnen der Weg in die öffentliche Wohnungsunterbringung offen stehen und ihnen bei der Suche nach Wohnungen geholfen werden.

Menschen in Not kommen nach Hamburg, um hier ein gewaltfreies Leben zu führen. Derzeit leben in Hamburg ca. 5.000 Flüchtlinge, die „geduldet“ sind. Das bedeutet, sie dürfen hier nicht arbeiten und nicht selbstbestimmt wohnen. Ein eigenverantwortliches Leben ist so nicht möglich. Wir wollen die vorhandenen politischen Spielräume ausschöpfen, um ihnen einen gesellschaftlichen Zugang zu ermöglichen. Wir wollen ihnen den Zugang zu Deutschkursen, Kita, Schule, Ausbildung, Arbeit und Wohnungen ermöglichen. Die Beschränkungen der öffentlichen Wohnunterbringung und der Residenzpflicht gehören abgeschafft. Unterbringungen wie Nostorf/Horst lehnen wir ab. Wir fordern höhere Mindestanforderungen an Abschiebungen und Abschiebehaft, wenn sich diese nicht verhindern lassen. Schutzbedürftige Gruppen wie Schwangere, Kinder und Jugendliche, Kranke und Alte dürfen nicht in Abschiebehaft genommen werden. Die Haftbedingungen für die Abschiebehaft

wollen wir verbessern und Clearingverfahren einführen. Alle Menschen haben das Recht auf Bildung und medizinische Versorgung und dafür setzen wir uns ein. Ebenso brauchen wir Aufnahmeangebote an Flüchtlinge - aus aktuellem Anlass - besonders aus Syrien. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

#### 5.15. Gerechtigkeit durch Resozialisierung

Die Bewährungshilfe leistet durch ihre Arbeit einen bedeutsamen Beitrag zur Wiedereingliederung von Straftäterinnen und Straftätern in die Gesellschaft durch die Vermeidung erneuter Straffälligkeit und damit zugleich zum Schutz potentieller Opfer. Die Bewährungshilfe steht dem straffällig gewordenen Menschen helfend und betreuend zur Seite, hat aber auch Kontroll- und Berichterstattungsaufgaben. Damit insbesondere die Hilfen zur sozialen Integration und Existenzsicherung ausreichend geleistet werden können, bedarf es allerdings einer bedarfsgerechten Personalausstattung. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Resozialisierung haftentlassener Menschen ist eine gesicherte Wohnsituation. Deren Versorgungslage muss durch zusätzliche Wohnungen verbessert werden, da andernfalls die Resozialisierung dieser Menschen gefährdet ist. Deshalb sind Haftentlassene als eigene Personengruppe in die Globalrichtlinie über die Versorgung vordringlich Wohnungssuchender mit Wohnraum aufzunehmen. Besondere Bedeutung kommt dem Wohnungserhalt bei kurzer Inhaftierung zu. Die Übernahme der Miete sollte für eine Dauer von 12 Monaten gelten. Damit entfielen vorstehende Versorgungsproblematik und die Kosten späterer Anmietungen blieben erspart. Zudem wird eine weitergehende Wohnungsnachfrage vermieden. Darüber hinaus gilt es, die Empfehlungen der Fachkommission Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung in Hamburg für eine verstärkte Öffnung des Hamburgischen Strafvollzuges für frühzeitige externe Resozialisierungsmaßnahmen langfristig umzusetzen.

### **6. Hamburg – Ein Hafen für alle**

Die Stadt als Lebensraum bietet Chancen und Möglichkeiten, aber auch Risiken. In Hamburg lebt es sich glücklich und gut, aber eine Metropole der Möglichkeiten für alle ist Hamburg nicht. Frei nach dem Erkenntnis „Nicht die Häuser, sondern die Menschen machen die Stadt“ wollen wir eine mutige und ermöglichende Sozialpolitik für Hamburg, die durch ihre Stärken ihre Schwächen auffängt. Wir wollen eine Stadt, die die Potenziale aller Menschen erkennt und fördert und die Menschen mit ihren Problemen nicht alleine lässt. Wir wollen der fortschreitenden Segregation und Fragmentierung Hamburgs entgegen wirken und Hamburg zu dem machen, was es sein kann: EIN HAFEN FÜR ALLE!